

## MEDIENMITTEILUNG

Zur Biersteuerdebatte im Nationalrat vom 21. Juni 2006:

### Entscheid gegen den Werkplatz Schweiz

**Die Sonderbesteuerung des Bieres bleibt in der Schweiz auf doppelt so hohem Niveau wie in Deutschland respektive 25% höher als in Frankreich. Damit werden die Schweizer Brauereien auch in Zukunft benachteiligt, der Einkaufstourismus ins grenznahe Ausland hingegen weiter gefördert. Das Bier wird zudem gegenüber anderen gäralkoholischen Getränken wie Wein und Obstwein, die eine entsprechende Sondersteuer gar nicht kennen, diskriminiert. Der Nationalrat hat es verpasst, diese unfaire Belastung der inländischen Brauwirtschaft endlich zu reduzieren, obwohl dies nicht nur vom Schweizer Brauerei-Verband, sondern auch von economiesuisse, Gewerbeverband, Bauernverband, GastroSuisse und von der Gewerkschaft Unia gefordert wurde. Eine moderate Senkung der Biersteuer zumindest auf das Niveau von Frankreich hätte positive Auswirkung auf die Erhaltung der Brauerei-Arbeitsplätze gehabt. Der Entscheid des Nationalrates hat gezeigt, dass gewisse Politiker gerne von der Wichtigkeit des Werkplatzes Schweiz reden, im entscheidenden Moment aber gegen dessen Interessen handeln.**

Der Schweizer Brauerei-Verband bedauert den Entscheid des Nationalrates, auf eine leichte Senkung der Biersteuer zu verzichten. Immerhin hat der Nationalrat auch klar eine wesentliche Erhöhung der Biersteuer abgelehnt, wie es von einer Minderheit der SP und Grünen in der Vorberatenden Kommission verlangt worden war. Das tröstet aber nur wenig über die verpasste Chance hinweg, etwas Positives für den Werkplatz Schweiz zu tun. Die Brauerei-Arbeitsplätze in der Schweiz stehen schon seit längerer Zeit unter grossem Druck.

Der Pro-Kopf-Konsum des Bieres hat in den letzten 15 Jahren um 23% auf 54,8 Liter abgenommen. Sämtliche anders lautenden „Studien“ von so genannten Präventionsfachleuten, die in den vergangenen Wochen eine grosse Medienkampagne lanciert haben, zeigen ein falsches Bild. Ein Teil des Nationalrates ist möglicherweise dieser unlauteren Propaganda von Präventionsseite, die praktisch vollständig aus Steuermitteln bezahlt wird, auf den Leim gegangen. Für die weitere politische Behandlung alkoholrelevanter Geschäfte verheisst dies nichts Gutes. Statt an die Verantwortung des Individuums zu appellieren, scheint es für zahlreiche Politiker einfacher, diskriminierende Steuern, Werbeverbote, Verkaufsbeschränkungen etc. zu beschliessen. Diese Politik stärkt allerdings nicht das individuelle Verantwortungsbewusstsein, sondern schränkt die Freiheit der grossen Mehrheit unseres Volkes stetig weiter ein.

**Schweizer Brauerei-Verband**

(Für Rückfragen: Konrad Studerus, Direktor, Tel 044-221'26'28 oder 076-381'27'20)